

1965 im Zusammenhang mit der Intervention der USA in der Dominikanischen Republik verkündete und nach ihm benannte Doktrin formuliert den Willen, „die Etablierung eines weiteren kommunistischen Staates in der westlichen Hemisphäre“ nicht zuzulassen. Die globale Deutung dieser Doktrin bekräftigte Johnson in seiner Rede vom 7. Mai 1965, in der es heißt: „Mein Land ist an gewaltigen und schwierigen Vorhaben auf dieser sich mühenden und ringenden Welt beteiligt. Amerikanische Truppen kämpfen, um der kommunistischen Aggression in Vietnam Einhalt zu gebieten. Andere sind bemüht, die Freiheit der westlichen Hemisphäre zu schützen. In Afrika und im Mittleren Osten werden unsere Energien für die Verantwortung eingesetzt, die eine große Macht mit sich bringt... Wir müssen den langsamen Zerfall des Eisernen Vorhangs beschleunigen ... Die Schande der Ostzone muß beendet werden.“⁴¹

Bollinger stellt dazu mit Recht fest: „Wenn man die infame Verkehrung von Aggression in eine angebliche Verteidigung der Freiheit rückgängig macht, bleibt das Eingeständnis, daß der ‚Globalismus‘⁴ US-amerikanischer Prägung nicht an den Grenzen der kapitalistischen Welt sein Ende finden soll“ (S. 72). In der Tat, streicht man von der Johnson-Doktrin alle demagogischen und verleumderischen Formulierungen weg, so bleibt nichts anderes übrig als die großwahnsinnige Absicht, die ganze Welt als Interessengebiet des USA-Imperialismus zu behandeln.

Diese generelle Zielsetzung der US-amerikanischen Globalstrategie ignoriert von vornherein das geltende Völkerrecht der Gegenwart. In der Praxis war und ist diese Politik eine Verhöhnung des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung (Charta der Vereinten Nationen, Art. 1,2), dessen Kern die freie Entscheidung über die Gesellschaftsordnung bildet. Diese

Politik verletzt brutal das Verbot der Gewaltandrohung und Gewaltanwendung in den internationalen Beziehungen (Art. 2,4), das Prinzip der souveränen Gleichheit (Art. 2,1) und nicht zuletzt das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten (Art. 2,7). Ein durchgängiges Anliegen der Autoren besteht darin, die Unterschiede zwischen der außenpolitischen Orientierung der USA während der Kennedy-Administration und der unter der Johnson-Administration darzustellen. Dabei verstehen sie es, Verabsolutierungen und Vereinfachungen zu vermeiden. Bollinger stellt im Ergebnis fest: „Die Regierung Johnson hat die für kurze Zeit unterbrochene Kontinuität zur Dulles-Politik wiederhergestellt, allerdings unter internationalen Bedingungen, unter denen sie als noch perspektivloser und reaktionärer, aber auch als noch aggressiver eingeschätzt werden muß“⁴⁴ (S. 64). Ein Anknüpfen an der aggressiven Außenpolitik der Eisenhower/Dulles-Ära ist ohne Zweifel vorhanden, wobei allerdings, wie die Autoren auch anhand der speziellen Probleme anschaulich nachweisen, das veränderte internationale Kräfteverhältnis, dem Kennedy auf seine Weise realistisch Rechnung trug, heute unter Johnson ein neues Instrumentarium zur Fortsetzung der alten aggressiven Politik bedingt. In den einzelnen Kapiteln wird durch spezielle Untersuchungen die Tatsache erhärtet, daß die Entwicklung der US-amerikanischen Außenpolitik nur als Einheit von Kontinuität und Diskontinuität zu erfassen ist — Kontinuität, was ihre grundsätzliche Klassenlinie anbetrifft, Diskontinuität, was die Einstellung auf die Realitäten der internationalen Beziehungen anbelangt. Gründliche Untersuchungen, insbesondere in den ersten beiden Kapiteln, machen deutlich, daß die Umorientierung der Außenpolitik der USA nach der Ermordung Präsident Kennedys maßgeblich auf den verhängnisvollen Einfluß des militä-